

Die »Engagierte Stadt« in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz wird als erstes Bundesland Regionalpartner im Bundesprogramm

»Engagierte Stadt«

Das bundesweite Netzwerkprogramm »Engagierte Stadt« ist 2015 mit 50 Städten und Gemeinden gestartet. Das wegweisende Programm hatte aus Sicht der Länder anfangs allerdings einen »Konstruktionsfehler«: Die Ebene der Länder wurde zunächst nicht aktiv einbezogen. Das ändert sich nun in der aktuellen dritten Phase. Auf Bundesebene kooperieren das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bertelsmann Stiftung, die Breuninger Stiftung, die Joachim Herz Stiftung, die Körber-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, der Deutsche Städtetag und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, bei dem auch das Programmbüro angesiedelt ist. Rheinland-Pfalz beteiligt sich nun als erstes Bundesland und wird Regionalpartner im Bundesprogramm »Engagierte Stadt«.

Das Netzwerk Engagierter Städte soll sich zum größten bundesweiten Netzwerk von Menschen entwickeln, die bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung vor Ort durch gute Rahmenbedingungen, sektorenübergreifende Zusammenarbeit und gemeinsames Lernen umsetzen. Im starken Verbund und begleitet durch engagierte Partner*innen bietet das Netzwerk allen Beteiligten ein breites Angebot an Austausch, Qualifizierung, Strategieberatung und Zusammenarbeit der Engagierten Städte miteinander.

Die dritte Phase hat begonnen

Bundesweit haben sich in der dritten Phase 32 neue Städte, Gemeinden und Stadtteile dem Netzwerkprogramm »Engagierte Stadt« angeschlossen. Allein aus Rheinland-Pfalz kommen neu hinzu die Städte Trier, Ingelheim, Koblenz und Neustadt an der Weinstraße. Die Stadt Bitburg und die Verbandsgemeinde Daun gehören dem Netzwerk bereits seit 2015 an. Das Netzwerk startet mit insgesamt 73 Städte in die dritte Phase und soll bis 2023 auf bis zu 100 Städte, Gemeinden und Stadtteile anwachsen.

Am 14. September wurde der offizielle Startschuss für die Regionalpartnerschaft in der Mainzer Staatskanzlei gegeben. Ministerpräsidentin Malu Dreyer unterzeichnete die Kooperationsvereinbarung vor Ort, Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey sowie der Vorstandsvorsitzende der Körber Stiftung, Dr. Lothar Dittmer (stellvertretend für die beteiligten Stiftungen) waren aus Berlin und Hamburg live zugeschaltet.

Alle sechs derzeit beteiligten rheinland-pfälzischen Kommunen waren ebenfalls dabei, berichteten von ihrer Motivation, ihren bisherigen Erfahrungen und neuen Schwerpunkten im Rahmen der »Engagierten Stadt«. Sie erhielten zudem ihren Förderbescheid über jeweils 10.000 €. Diese finanzielle Unterstützung ist, neben dem geplanten Austausch von Netzwerken, Know-how, Erfahrungen und Expertise, ein wichtiger Bestandteil der Kooperation und Regionalpartnerschaft. Ein kleiner Erfolg ist dabei übrigens auch, dass es gelungen ist, diese in Form einer Festbetragsfinanzierung zu ermöglichen.

Engagement ist für unsere Gesellschaft unersetzlich

Was erwartet sich die Landesregierung von der Beteiligung an der »Engagierten Stadt«? Einerseits werden Land und Kommunen von den Erfahrungen, Netzwerken, dem Know-how und der Expertise des Programms profitieren können. Andererseits aber können auch wir unser Wissen, unsere Netzwerke, Programme und Ideen in das Programm einbringen. Unsere Überzeugung: so entstehen Synergien, so entsteht eine Bewegung und so wird es gemeinsam gelingen, der Idee einer aktiven Bürgergesellschaft vor Ort in den Kommunen neue Impulse zu geben.

48 % der Bürger*innen sind nach dem letzten Freiwilligensurvey in Rheinland-Pfalz ehrenamtlich aktiv – in Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden, in Initiativen und Projekten. Sie packen soziale und kulturelle Aufgaben an, begeistern andere für den Sport, kümmern sich um unsere Umwelt, helfen und pflegen alte oder kranke Menschen, engagieren sich in den Hilfs- und Rettungsdiensten, in der Entwicklungshilfe, in der Flüchtlingshilfe oder – wie besonders in den vergangenen Monaten – in der Nachbarschaftshilfe während der Corona-Pandemie.

Unsere Gesellschaft ist ohne dieses Engagement nicht vorstellbar. Mehr noch: es ist der Kern unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Wir brauchen es heute mehr denn je – in einer Zeit, in der unsere Demokratie besonderen Anfeindungen und Gefahren ausgesetzt ist. Bürgerschaftliches Engagement trägt zu einer Kultur der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens bei und stärkt damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es ist unersetzlich für ein funktionierendes Gemeinwesen und eine lebendige Demokratie.

Deshalb braucht es gute Rahmenbedingungen und eine effektive Unterstützung – in Organisationen, in Kommunen, auf Landes- wie auf Bundesebene. Die Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement nimmt daher seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert in der Landespolitik ein. Zahlreiche Programme und Strukturen auf Landesebene tragen dazu bei, dass dieses Engagement nicht nur anerkannt und gewürdigt, sondern auch nach Kräften unterstützt wird.

Gute Engagementförderung braucht engagierte Kommunen

Eine gute und wirkungsvolle Engagementförderung braucht aber nicht nur Bund und Länder, sondern auch und in besonderer Weise engagierte und überzeugte Kommunen. Denn hier,

vor Ort, spielt sich das Ehrenamt ab, hier sind die Bezüge konkret und überschaubar, hier bringen sich die Menschen ein. Unsere Kommunen in Rheinland-Pfalz sind ihrerseits auch sehr tatkräftig und unterstützen das Ehrenamt mit vielfältigen Maßnahmen.

Land und Kommunen arbeiten dabei eng zusammen – wie zum Beispiel bei der landesweiten Ehrenamtskarte, bei regionalen Fachtagen »Verein und Ehrenamt«, beim jährlichen landesweiten Ehrenamtstag oder auch im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Von Landesseite spielen dabei die lokalen Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen eine besondere Rolle. Wir fördern sie finanziell, aber auch bei der Fortbildung. Wir sind eng mit ihnen vernetzt und verstehen sie immer wieder als Partner. Vor einigen Jahren wurde zudem die Initiative »Ich bin dabei!« gestartet – ein Programm, das darauf gerichtet ist, bislang nicht engagierte Senior*innen für ein Engagement zu begeistern und zugleich Kommunen dabei zu unterstützen, eigene Strategien der Ehrenamtsförderung zu entwickeln. Inzwischen beteiligen sich über 30 Kommunen an dieser Initiative.

Die Hoffnung auf eine (noch) engagiertere Zukunft

Von der Beteiligung am Bundesprogramm »Engagierte Stadt« erhoffen wir uns, dass wir die Zusammenarbeit mit unseren Kommunen intensivieren können. Dass von dem Programm eine starke Impuls- und Vorbildwirkung im ganzen Land ausgehen wird, das ist bereits jetzt zu beobachten. Denn eine Reihe von Städten haben bereits Interesse an der Mitwirkung in diesem besonderen Städtenetzwerk signalisiert.

Die »Engagierte Stadt« ist ein Programm der besonderen Art. Die Initiatoren und Förderer betonen zu Recht, dass sich mit dem Ansatz durchaus ein Paradigmenwechsel in der Förderung des Bürgerengagements verbinden. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass Stiftungen, Unternehmen, die Bundesregierung, Kommunen und Länder gemeinsam agieren und investieren, um die Engagementstrukturen in Städten und Gemeinden zu stärken.

Wir sind überzeugt davon, dass dies der richtige Weg ist. Und er passt hervorragend zu Rheinland-Pfalz. Wir setzen seit vielen Jahren auf Partnerschaften, Bündnisse und Kooperationen – eigentlich in allen Politikfeldern, aber auch und in besonderer Weise in der Engagementpolitik.

Autor

Birger Hartnuß ist Leiter der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.

Kontakt: birger.hartnuss@stk.rlp.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de